



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein bedenklicher Widerspruch

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein bedenklicher Widerspruch



er für andre arbeitet, gilt als der Dienende; der Herrschende ist der, der andre für sich arbeiten läßt. So ist es in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu einander. Ganz anders steht es aber um die Beziehungen der Nationen. Die Herrschaft über andre wird die Nation erlangen, die die Arbeit an sich zieht, und zwar deshalb, weil der Arbeit der Reichtum folgt, und Reichtum zunächst das wirtschaftliche Übergewicht, auf die Dauer auch politische Überlegenheit verleiht.

Nicht durch den Besitz unerschöpflich reicher Kolonien allein ist England zu seinem Reichtum gelangt. Macaulay fragt, wo die gerühmten Reichtümer Ostindiens zu finden seien, und antwortet darauf: an den Ufern der Themse. Nicht nur die Kolonien dienten als Abnehmer für die Industrieartikel Englands — und um sie stets als Abnehmer zu behalten, wurde die Entwicklung der Industrie in den Kolonien auf jede Weise verhindert —, sondern auch politisch unabhängige Staaten wurden durch Handelsverträge in die Lage versetzt, auf die eigne Erzeugung ihrer Bedürfnisse verzichten zu müssen. Sie gerieten dadurch in wirtschaftliche Abhängigkeit von England. Eine Nation, die beständig von einer andern kauft, ohne das Kaufgeld in Gestalt selbsterzeugter Waren aufzubringen, wird allmählich verarmen. So lange sie noch Kredit verdient, wird die verkaufende Nation zu Vorschüssen und Anleihen bereit sein, aber dieses Schuldverhältnis führt schließlich zu einer Abhängigkeit, die sich auch auf politischem Gebiete offenbart. Als England seine Industrie zu so hoher Vollendung gebracht hatte, daß sich kaum irgend ein Land noch mit ihm zu messen vermochte, wurde der Freihandel als wirtschaftliches Prinzip verkündet, und es fanden sich Leute genug, die in die Falle gingen und nicht einsahen, daß dieses Prinzip nach Lage der Dinge nur England zu gute kommen konnte.

Allmählich ist man, gewizigt durch üble Erfahrungen, zu besserer Einsicht gelangt. Überall hat man begriffen, daß man besser thut, möglichst viel Arbeit selbst zu verrichten, anstatt stets da zu kaufen, wo die Gegenstände am billigsten zu haben sind. Man überzeuget sich von der so einfachen Wahrheit, daß auch zu dem billigsten Einkauf Geld gehört, und daß es früher oder später an dem Geld zur Gegenleistung fehlen werde, wenn man nicht Waren produziert, die man in Tausch geben oder verkaufen kann, um das auswärts gekaufte zu bezahlen.

Glücklicherweise hat sich denn auch Deutschland dem Schutzzoll zugewandt, um sich von England in wirtschaftlicher Beziehung frei zu machen. Hätten auch alle übrigen Staaten ihre Grenzen offen gehalten, so hätte Deutschland den Kampf gegen England noch aufnehmen können. Aber je mehr Staaten sich abschlossen, desto notwendiger wurde es, ihrem Beispiel zu folgen. Denn wenn unsre Märkte mit Eisen- und Textilwaren, mit Korn und Vieh überschwemmt wurden und unsre Erzeugnisse im Auslande nicht mehr abgesetzt werden konnten, so war der Ruin unabwendbar. Die Fabriken mußten stillstehn, die Arbeiter entlassen werden, die niedrigen Preise aller Erzeugnisse konnten den Massen nichts nützen, weil der Verdienst aufhörte. Es würde sich in erschreckender Weise gezeigt haben, daß die größte Wohlfeilheit der Bedürfnisse nicht vor Verarmung und Massenelend schützen kann, wenn die Arbeiter nicht mehr beschäftigt werden können, weil es an Absatz fehlt.

Der Schutz der nationalen Arbeit ist kein leeres Schlagwort, wie häufig von gewissen Leuten behauptet wird; er ist gerade das, worauf es ankommt. Es wäre gewiß nicht zu rechtfertigen, wenn man den Preis der Gebrauchsartikel durch Schutzzölle steigern wollte, wie es in der That bisweilen geschieht, nur um den Grundbesitzern und den Fabrikanten, also den Arbeitgebern und Unternehmern, höhere Renten und höhern Gewinn zu sichern. In erster Linie ist das Wohl der Massen, der Arbeiter, ins Auge zu fassen und zu fördern; denn wenn es denen gut geht, so befinden sich auch die Arbeitgeber in günstiger Lage; schon in Folge des gesteigerten Verbrauchs, der die Preise in die Höhe treibt. Daß auch das Wohl der Arbeitgeber Berücksichtigung verdient, versteht sich von selbst, denn sie sind im wirtschaftlichen Leben ebenso wichtig wie die Arbeiter; die einen können ohne die andern nicht vorwärtskommen. Aber die Zeit ist vorüber, wo die Arbeiter in dem Maße von den Arbeitgebern abhängig waren, daß sie sich jegliche, auch die erbärmlichste Abfindung gefallen lassen mußten. Ist auch leider die Formel noch nicht gefunden, nach der der Ertrag der von den Unternehmern aufgewandten Mittel und der von den Arbeitern geleisteten Arbeit unter beide zu verteilen ist, so ist man doch über die Auffassung hinweg, daß die Arbeit eine Ware sei, deren Preis sich lediglich durch Angebot und Nachfrage bestimme.

Wenn man aber nun, nachdem über ein Jahrzehnt die Schutzzollgesetz-

gebung in Wirksamkeit gewesen ist, die Frage aufwirft, wie weit die nationale Arbeit und das wirtschaftliche Gedeihen durch sie gefördert worden sei, so lautet die Antwort dahin, daß noch viel zu wünschen übrig geblieben ist. Es hat in den letzten Jahren viel Arbeitslosigkeit geherrscht, die Löhne sind eher gefallen als gestiegen, der Absatz der Erzeugnisse ist unbefriedigend, und wenn auch einige Plätze, insbesondere die größern Städte, von einem gewissen Gedeihen Zeugnis ablegen, so ist doch an andern Orten Stillstand und Rückgang unverkennbar. Der Gründe für diese Erscheinung sind mancherlei. Daß eine so mangelhafte Ernte, wie die des vorigen Jahres, neben den hohen Preisen für die notwendigsten Lebensmittel einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stehn muß, liegt auf der Hand. Es mußte ferner vom schlimmsten Einfluß sein, daß uns durch ungewöhnlich hohe Schutzzölle in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die zum Teil die Ausfuhr ganz verhindern, der Absatz vieler Waren erschwert, ja unmöglich gemacht wurde. Das Zusammenwirken zweier derartigen Erscheinungen mußte notwendig die übelsten Folgen haben; schwerlich könnten wir die Unterbindung des Absatzes und die Verausgabung so großer Summen für Brodstoffe lange ertragen. Eine Unterbilanz im internationalen Verkehr von neunhundert Millionen Mark in einem Jahre ist beunruhigend genug!

Es ist aber noch ein anderer Umstand, der es verhindert, daß die nationale Arbeit wirklich den Schutz genieße, den man ihr durch die Schutzzölle hat angeheißen lassen wollen. Dieser Umstand ist von so großer politischer und sozialer Bedeutung, daß wir uns für verpflichtet halten, mit allem Ernst auf ihn hinzuweisen, ihn zum Gegenstande der öffentlichen Besprechung zu machen und seine Erörterung auch den gesetzgebenden Gewalten zu empfehlen. Es handelt sich darum, daß die Segnungen des Schutzzolls der Arbeiterwelt verkümmert und entzogen werden durch den Zuzug ausländischer Arbeiter.

Wie schon bemerkt, ist der Hauptbeweggrund zur Einführung und Beibehaltung der Schutzzölle der Wunsch und das Bestreben, den Arbeitern ausreichende Beschäftigung und entsprechenden Lohn zu gewähren. Wenn die Überschwemmung mit ausländischen Fabrikaten unsre Fabrikation nötigt, stille zu stehn oder ihre Produktion einzustellen, so werden die Arbeiter entlassen, oder ihr Tagelohn wird heruntergedrückt. Wenn der Marktpreis des Getreides unter die Produktionskosten sinkt, so wenden sich die Landwirte der Wirtschaftsweise zu, bei der am meisten Arbeit gespart wird. Die Arbeitslosen können sich auf dem platten Lande am wenigsten ernähren und drängen sich deshalb in den größern Städten zusammen, wo sie gelegentlich zu einer Gefahr für die Ruhe und Sicherheit des Gemeinwesens werden.

Nun muß aber doch zugegeben werden, daß die Arbeitslosigkeit ebenso wohl durch unangemessene Vermehrung der Arbeitskräfte als durch Mangel an Arbeitsgelegenheit entstehen kann. Wenn man daher ohne Beschränkung

ausländische Arbeiter zuläßt, so tritt ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Hände und der vorhandenen Arbeitsgelegenheit ein. Der günstige Erfolg, den man durch die Schutzzölle hat erreichen wollen und auch zunächst und für die erste Zeit erreicht hat, geht verloren, wenn durch anhaltenden Zuzug ausländischer Arbeiter die Zahl derer, die Arbeit suchen, vermehrt wird. Was man durch Schutzzölle bezweckt hat, hebt man durch die Zulassung fremder Arbeiter wieder auf. Das ist der bedenkliche und peinliche Widerspruch, in dem man sich zur Zeit befindet.

Die Sache wird noch schlimmer dadurch, daß die Lage der Arbeitgeber durch die Zulassung fremder Arbeiter nicht verschlechtert, nein im Gegenteil wesentlich verbessert wird. Sie genießen die Vorteile, die der Schutz Zoll gewährt, in Gestalt höherer Preise für die Fabrikate. Gleichzeitig aber kommt es ihnen zu gute, daß durch die übergroße Anzahl der sich ihnen anbietenden Arbeitskräfte der Tagelohn ermäßigt wird. Man kommt auf diese Weise in der That dahin, daß die Behauptung nicht unbegründet ist, daß der Schutz Zoll nur den Arbeitgebern zum Vorteil gereiche. Dieser Zustand muß sich auf die Länge als unhaltbar erweisen. Es liegt hier eine Benachteiligung der Arbeiter vor, der abgeholfen werden muß. Der Prozeß der Ausgleichung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern findet nicht mehr in normaler Weise statt; es wird den Arbeitern erschwert, ja unmöglich gemacht, den ihnen gebührenden Anteil an der Produktion zu erlangen, der soziale Kampf wird verschärft, und die Erbitterung findet neue Nahrung.

Hunderttausende von Russen und Polen, Schweden und Italienern suchen gegenwärtig im deutschen Reiche Arbeit, jährlich mehrt sich der Strom der Einwanderer. In den Städten, in den Fabrikorten, auf dem Lande sind zahlreiche Ausländer beschäftigt. Sie machen den eingebornen Arbeitern Konkurrenz und drücken die Löhne herunter. Und doch sollte unser Streben darauf gerichtet sein, die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu verbessern. Für unsere nationale Arbeit, für unsere inländischen Arbeiter sind die Schutzzölle eingeführt, nicht um Russen, Polen u. s. w. zu ernähren.

Wir verkennen keineswegs, welche Einwendungen uns gemacht werden können. Zunächst wird man sagen, daß die Zulassung fremder Arbeiter auf Verträgen oder auf Gegenseitigkeit beruhe. Und es ist ja richtig, daß auch viele Deutsche im Ausland ihr Brot suchen und finden. Selbstverständlich geht die Bewegung aus solchen Ländern, wo eine niedrigere Lebensführung herrscht, nach solchen, wo infolge höherer Bildung oder höhern Wohlstandes mehr verdient wird und mehr verzehrt werden kann. So kommen die Polen, die geringere Ansprüche machen, über die östliche Grenze zu uns. Deutsche Arbeiter gehen nach England oder nach den Vereinigten Staaten. Gewiß ist es für uns auch von Nutzen, daß wir manche Leute auf diese Art los werden, und daß manchen energischen Naturen auswärts Gelegenheit geboten wird, eine

Existenz zu finden. Im ganzen aber werden wir annehmen können, daß die Zahl der Einwanderer die der Auswanderer übersteigt, und daß wir in der Hauptsache nur aus der untersten Klasse der Bevölkerung Zuzügler erhalten, während viele unsrer Auswanderer dieser Klasse nicht angehören. Manche Länder befinden sich noch in der Lage, daß ihnen Einwanderer aller Art willkommen sind. Wie lange sich andre noch herbeilassen werden, fremde Einwanderer bei sich aufzunehmen und zu dulden, steht dahin. In England ist es schon wiederholt zu einer starken Bewegung gegen die eingewanderten Deutschen gekommen, die den Inländern die Löhne herabdrücken, und es könnte wohl einmal die Zeit kommen, wo man es dort angemessener finden wird, wenigstens Arbeiter der untern Schichten nicht mehr zuzulassen. Sollte es aber dahin kommen, daß sich die Nationen noch mehr als bisher gegen einander abschließen, daß also der Zuzug aus benachbarten Ländern aufhören müßte, so würde die Kolonisation eine um so größere Bedeutung gewinnen. Das würde mit dem Vorteil verbunden sein, daß die Ausgewanderten dem Vaterlande mehr erhalten blieben, als es jetzt der Fall ist, wo eine so große Anzahl Deutscher jährlich in den Vereinigten Staaten unter der dortigen Völker- und Rassenmischung verloren geht. Im Heimatlande aber würde die strengere Abschließung gegen außen den Vorteil mit sich führen, daß die deutsche Rasse reiner erhalten bliebe, als dazu bei dem jetzigen Stande der Dinge Aussicht ist. Denn die Polen, Russen, Italiener u. s. w. bleiben häufig im Lande, kehren nicht in ihre Heimat zurück und tragen so zu einer Rassenvermischung bei, die uns nicht wünschenswert sein kann. Ob die sehr verbreitete Vermischung der Deutschen mit den Juden unsrer Nation zum Vorteil gereiche, mag hier unerörtert bleiben. Im allgemeinen nimmt man an, daß in den Mischlingen zweier Rassen die übeln Eigenschaften beider vertreten zu sein pflegen. Man denke sich schließlich, daß auch der mehrfach besprochne Plan, Kulis einzuführen, zur Ausführung käme, und stelle sich vor, wie die Mischung mit dieser Rasse auf unsre deutsche Bevölkerung einwirken würde!

Wichtiger als das Bedenken, daß uns die Auswanderung erschwert werden könnte, wenn wir die Einwanderung verbieten oder beschränken, ist der Einwand, daß ohne den Zuzug ausländischer Arbeiter Landwirtschaft und Industrie nicht würden bestehen können. Die Konkurrenz der Ausländer erleichtert es den produzierenden Unternehmern, in dem Wettbewerb gegen andre Länder zu bestehen.

Neben sonstigen Lasten, die die Arbeitgeber zu tragen haben, sind auch die Tagelöhne im Lauf der Jahrzehnte bedeutend gestiegen. Und was noch außerdem ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß die Arbeiter nicht die Empfindung haben, daß ihr Interesse mit dem der Arbeitgeber vielfach eins sei, und daß sie deshalb sehr geneigt sind, erhöhte Forderungen in Betreff des Lohnes zu stellen, auch wenn die Verhältnisse die Einwilligung der Arbeit-

geber nicht möglich machen. Man hört es oft aussprechen, daß, wie es den Arbeitern freistehe, ihre Forderungen zu stellen, zu gehn oder zu bleiben, so auch die Arbeitgeber in der Annahme von Arbeitern unbeschränkt sein müßten. Man muß zugeben, daß, solange ein solcher Kriegszustand vorhanden ist, bei dem jeder Teil einseitig nur das eigne Interesse verfolgt, die wohlthätigen Maßregeln, die wir im Auge haben, kaum ausführbar sein würden. So lange keine Sicherheit vorhanden ist, daß nicht Streiks ausbrechen, die die Produktion lahmlegen, so lange nicht Organe geschaffen sind, die im Fall von Streitigkeiten den Frieden herzustellen geeignet sind, kann den Unternehmern nicht verboten werden, Hilfskräfte heranzuziehen, gleichviel woher sie kommen mögen. Wir wollen aber einmal annehmen, daß dieser äußerst niedrige Standpunkt des Klassenkampfes, der sich in gegenseitiger Chikane, in Streiks und Aussperrungen äußert, überwunden wäre, und wollen von der Voraussetzung ausgehen, daß Mittel gefunden seien, Streitigkeiten in friedlicher Weise zu schlichten. Dann bleibt immer die Thatsache bestehen, daß es der Arbeiterwelt durch die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte erschwert wird, einen gerechten und billigen Anteil an dem Ertrage von Landwirtschaft und Industrie zu erlangen. Die Werthschätzung der Arbeit sinkt im Verhältnis zum Kapital, so lange Arbeitskräfte in unbeschränkter Zahl verfügbar sind.

Die Unternehmer behaupten, sie könnten keine höhern Löhne gewähren, ohne ihre Unternehmungen und ihre eigne Existenz gefährdet zu sehn. Die Wahrheit dieser Behauptung ist im Einzelfall schwer festzustellen. Das ist außer Zweifel, daß, je mehr vom Ertrage der Arbeit dem Arbeiter zufällt, um so weniger dem Unternehmer bleibt. In vielen Fällen wären aber die Unternehmer sehr wohl imstande, dem Arbeiter einen höhern Betrag der Arbeit zuzuwenden. Die hohen Dividenden mancher Aktienunternehmungen, das Gedeihen zahlreicher Privatunternehmungen, die sich dem Lichte der Öffentlichkeit zu entziehen verstehen, liefern den Beweis. Wenn aber in der That viele Unternehmer nicht in so günstiger Lage sind, wenn sowohl Fabriken wie landwirtschaftliche Betriebe nicht so hohe Erträge abwerfen, daß die Löhne erhöht werden können, woran liegt das in der Mehrzahl der Fälle? Es liegt daran, daß die Erträge sofort im Kapital ihren Ausdruck finden. Sobald die Erträge eines Grundstücks, einer Fabrik steigen, werden Grundstück und Fabrik zu einem Wert geschätzt, der dem Reinertrage entspricht. Wird ein Grundstück verkauft, so bemißt sich der Kaufpreis nach dem wahrscheinlichen Ertrage, ebenso der Kaufpreis einer Fabrik. Der letzte Käufer (oder der Erbe, dem das Grundstück oder die Fabrik zugefallen ist) befindet sich demnach stets in der Lage, gesteigerte Ausgaben vermeiden zu müssen, weil sonst der berechnete Reinertrag nicht mehr gewonnen werden kann. Ebenso steigen die Aktien bei zunehmendem Ertrage eines Unternehmens bis zu der Höhe, wo wenig mehr als landesüblicher Zins übrig bleibt. Der gestiegne Wert der Grundstücke

und der industriellen Unternehmungen kommt denen zu gute, die sich von dem Besitz durch Verkauf losgemacht haben. Der Käufer ist in der Regel in der Lage, daß er nur die Zinsen seines Kapitals und einen mäßigen Gewinn machen kann, bis eine weitere günstig verlaufende Konjunktur den Unternehmergewinn steigert. So sehen wir, daß täglich ertragreiche Unternehmungen in andre Hände übergehn, häufig auch aus dem Privatbesitz in Aktienunternehmungen verwandelt werden. Bei den letztern prägt sich der Ertrag des Unternehmens sofort im Kurse aus, und die verantwortlichen Leiter sind stets darauf angewiesen, auf alle nur möglichen Ersparnisse Bedacht zu nehmen, um eine dem Kurse entsprechende Dividende gewähren zu können. Die Konjunktur kommt auf diese Weise stets dem Kapital zu gute.

Wir haben auch gesehen und erlebt, daß der Preis der Landgüter seit dem Ende der dreißiger Jahre beständig gestiegen ist, weil sich seit jener Zeit die Grundrente, der Pacht hob. Man hat in den seltensten Fällen daran gedacht, einen Teil der höhern Grundrente der Arbeit zuzuwenden; man hat es als ganz selbstverständlich angesehen, daß die Grundrente allein dem Grundbesitzer zufallen müsse, obwohl das Steigen wesentlich der günstigen Konjunktur, also nicht dem Verdienst des Eigentümers zuzuschreiben war. Viele Güter haben seit fünfzig Jahren den zwei- bis dreifachen Wert erreicht; zum Teil allerdings durch Meliorationen, namentlich aber durch die Konjunktur. Auch hier hat nun jeder Käufer den gestiegenen Wert bezahlen, jeder Erbe sich ihn anrechnen lassen müssen. Die Folge ist, daß dem jedesmaligen Besitzer die günstige Konjunktur der vergangenen Zeit nicht mehr zum Nutzen gereicht; denn der hohe Kaufpreis nötigt wieder, auf alle möglichen Ersparnisse Bedacht zu nehmen. Den Vorteil der günstigen Konjunktur hat der frühere Besitzer beim Verkauf eingeheimst. Ebenso steht es mit dem Pächter. Der Pacht bestimmt sich durch die Konkurrenz der Pachtliebhaber, und jeder bietet so hoch, als er es verantworten zu können glaubt, so lange noch Aussicht vorhanden ist, Zins und Unternehmergewinn und ein Äquivalent für die eigne Arbeit herauszuschlagen. Bei dieser Sachlage sind die am besten daran, die schon vor vielen Jahren auf lange Zeit gepachtet haben oder lange Zeit im Besitz gewesen sind. Alle übrigen haben schwer zu kämpfen, wenn sich die mit dem Geschäft verbundenen Ausgaben: Kommunalsteuern, Löhne u. s. w. mehren.

Dies ist im allgemeinen die Lage der Landwirtschaft und des ländlichen Grundbesitzes. Die, die in der Gegenwart den Beruf des Landwirts ausüben, haben von den günstigen Konjunkturen keinen Vorteil, weil dieser bereits früher zu Kapital gemacht und vorweggenommen ist. So können die verfloßnen Jahrzehnte im ganzen genommen dem Steigen der Grundrente, dem Ertrage der Pächter günstig gewesen sein, und doch haben die Grundbesitzer und Pächter der Mehrzahl nach mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Um nicht unterliegen zu müssen, verlangen sie Schutzzölle. Aber wenn

reiche Ernten geborgen sind, wie in diesem Jahre, wo Weizen und Roggen soweit im Preise gefallen sind, daß die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden, genügen die Schutzzölle nicht, um Grundbesitz und Landwirte aufrecht zu erhalten. Der zu zahlende Lohn ist die wesentlichste Ausgabe, die den Reinertrag der Wirtschaften herunterdrückt, und es ist daher selbstverständlich, daß das Bestreben darauf gerichtet wird, billige Arbeitskräfte zu erlangen. Die Klage über unerträglich hohe Löhne ist allgemein, selbst da, wo diese so niedrig sind, daß die ganze Lebensführung der Arbeiter eine äußerst beschränkte ist. Die sogenannten Sachsengänger verlassen ihre Heimat, die östlichen Provinzen, und bringen den Sommer in den Rübengegenden zu, weil sie in der Heimat nicht so viel verdienen können, um sich den Winter über durchzuschlagen. Und obwohl etwa 75000 Arbeiter und Arbeiterinnen alljährlich gen Westen ziehen, um anderswo ihre Hände zu beschäftigen, klagen die Gutbesitzer im Osten über Mangel an Arbeitskräften und wissen die Staatsregierung zu bestimmen, russische und polnische Arbeiter wieder über die Grenze zu lassen, die man ihnen aus nationalen Rücksichten verschlossen hatte. Die Industriegegenden sind auch bereits angefüllt mit ausländischen Arbeitern, und die Unternehmer freuen sich der Konkurrenz, die die Eingewanderten den Einheimischen machen.

Es muß aber doch jedermann einleuchten, daß die Hilfe, die der Landwirtschaft und der Industrie durch Zulassung der Fremden gewährt wird, nur auf Kosten der Arbeiter des Inlandes gewährt werden kann. Ihre Lage kann sich nicht nennenswert verbessern, so lange ihnen eine unbeschränkte Einwanderung immer neue Konkurrenz schafft. Die Vorteile, die ihnen die Schutzzölle in Aussicht gestellt haben, gehn auf diese Weise wieder verloren; die nationale Arbeit, die man heben wollte, genießt, soweit es sich um die Arbeiter handelt, keinen Schutz mehr. Die Unternehmer dagegen genießen die höhern Preise des Schutzzolls und die niedrigen Löhne, die Folge einer völlig freien Konkurrenz der Arbeitskräfte Europas. Hier wird nicht mit gleichem Maße gemessen; die Gesetzgebung begünstigt die Unternehmer auf Kosten der Arbeiter, ein Verfahren, das höchst bedenklich erscheinen muß und auf die Länge nicht aufrecht erhalten werden kann.

Die Sachsengänger würden hübsch in der Heimat bleiben, wenn sie ihr Brot dort finden könnten. Aus Übermut gehn sie nicht fort, um anderswo schwer zu arbeiten und mit immerhin spärlichem Gewinn im Herbst zurückzukehren. Bei den Klagen der Landwirte über Arbeitermangel darf man eins nicht übersehn. Die Natur des landwirtschaftlichen Betriebs bringt es mit sich, daß im Sommer viele Arbeitskräfte erfordert werden, während man im Winter die große Zahl nicht beschäftigen kann. Die Arbeiter wollen aber das ganze Jahr hindurch leben, und wenn sie nicht in der Lage sind, während des Winters anderweitige lohnende Arbeit zu finden, etwa beim Holzschlagen oder

in Fabriken, so muß ihr Lohn im Sommer so hoch sein, daß sie ihren Lebensunterhalt für den Winter erübrigen können. Das ist eine Thatsache, die sich nicht weglegen und auch nicht ändern läßt, und deshalb müssen sich ihr die Verhältnisse fügen. Es giebt auch noch andre Betriebe, die in dieser Lage sind, die auch die Hände nur den wärmern Teil des Jahres beschäftigen können, und die deshalb im Sommer so hohe Löhne gewähren müssen, daß die Leute dann im Winter zu leben haben: die Bauhandwerker. Wenn die Landwirte über Arbeitermangel klagen, so muß man sie darauf hinweisen, daß der Mensch nun einmal so beschaffen ist, daß seine Bedürfnisse auch im Winter nicht aufhören; man muß ihnen zu Gemüte führen, daß sie die Leute auch im Winter ernähren müssen, wenn es ihnen im Sommer nicht an Arbeitskräften fehlen soll.

Wenn man nun freilich glauben sollte, daß es den Grundbesitzern und den Landwirten sehr gut ergehen müßte, da ihnen die Gesetzgebung so große Vorteile einräumt, ihnen einerseits die Preise der Produkte durch Schutz Zoll steigert, andererseits durch Zulassung fremder Arbeiter die Löhne drückt, so würde man sich doch einer Täuschung hingeben. Denn nach Lage der Sache können sich die gebotnen Vorteile immer nur auf kurze Zeit geltend machen. Hohe Produktpreise und niedrige Löhne führen hohe Pachten und hohe Preise der Grundstücke herbei, und so sind die letzten Besitzer und die neuesten Pächter stets wieder genötigt, auf alle Ersparnisse Bedacht zu nehmen, weil die günstigen Maßregeln, die ihnen hätten zu gute kommen können, bereits von andern in Gestalt von Kapital oder Grundrente eingeheimst sind.

Diese Sachlage sollte doch Bedenken erregen, wenn es sich um agrarische Klagen und um die Mittel, agrarischen Notständen abzuhelpen, handelt. Ist unsere Auffassung der Sache richtig, so wird man einsehen müssen, daß die Klagen niemals aufhören werden, weil sich die Ursachen, denen sie entspringen, stets erneuern werden. Der Staat kann es nicht verhindern, daß ländliche Grundstücke zu höchsten Preisen von Hand zu Hand gehn, und daß Pachtlihaber äußerste Pachtpreise bieten. Was im Interesse der Landwirtschaft geschieht, kommt auf die Länge immer nur dem Verkäufer und dem Verpächter zu gute.

Andererseits versteht es sich von selbst, daß nicht wirtschaftspolitische Maßregeln getroffen werden dürfen, die zum Ruin der Landwirtschaft beitragen. Ohne einen mäßigen Schutz Zoll auf Vieh und Getreide würde sich die Landwirtschaft nicht aufrecht erhalten können. Die Rückkehr zum Freihandel würde sich in gegenwärtiger Zeit verhängnisvoll erweisen. Beim Schutz Zoll findet die nationale Arbeit, finden Arbeitgeber wie Arbeiter ihre Rechnung. Anders aber steht es mit Maßregeln, die die einen auf Kosten der andern begünstigen, wie es entschieden bei der Zulassung fremder Arbeiter der Fall ist. Hier übernimmt die Staatsregierung eine Verantwortung, die sie auf die Länge

nicht tragen kann. Die Maßregel ist um so bedenklicher, wenn sich, wie gar nicht zu bezweifeln ist, herausstellen sollte, daß sie auf die Dauer ihre Wirkung verliert. Der Stand der Arbeiter wird durch die Konkurrenz der Ausländer heruntergedrückt, die billigen Löhne aber kommen auf die Dauer nicht den Landwirten, sondern dem Grundbesitz und dem Kapital zu gute. Daß die Grundbesitzer keinen Anspruch auf stetige Steigerung der Grundrente haben, wird man zugeben. Wenn das allgemeine nationale Gedeihen zu einer Steigerung der Grundrente führt, so wird jedermann den Grundbesitzern diesen Vorteil gönnen. Aber es fragt sich doch, ob der Staat Mittel anwenden darf, die Grundrente zu erhöhen oder deren Fallen abzuwenden. Solche Eingriffe zum Vorteil der bessergestellten im Staate sind nicht ohne Bedenken.

In Großbritannien hat der Grundbesitz durch den freien Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse kolossale Einbuße erlitten. Er war reich genug, den Schaden zu tragen, und der Staat hat sich nicht veranlaßt gesehen, den Schlag abzuwehren oder die Folgen zu mildern. In Deutschland war der Grundbesitz nicht reich genug, ähnliche Einbuße zu ertragen, und die Notlage der Grundbesitzer hätte auf das Wohl des ganzen Landes in verderblichster Weise zurückgewirkt. Das war der Grund, warum landwirtschaftliche Zölle eingeführt wurden und werden durften. Anders aber ist es mit Maßregeln, die dem Grundbesitz zuliebe getroffen werden, zugleich aber die Interessen des ausgedehntesten Standes, des Arbeiterstandes, empfindlich verletzen. Sie entsprechen nicht der Gerechtigkeit und können nicht verfehlen, die Erbitterung und den Klassenhaß zu verschärfen.

Es ist auffallend, daß von den deutschen Sozialdemokraten die Zulassung ausländischer Arbeiter nicht stärker als mit den Interessen der Arbeiterwelt im Widerspruch stehend hervorgehoben wird. Die Parteiprogramme berühren diesen Punkt gar nicht. Es entspricht das aber dem kosmopolitischen Sinne der deutschen Sozialdemokratie, die ihre Theorien für die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu verwirklichen strebt. In andern Ländern, wo man mehr die naheliegenden Interessen ins Auge faßt und praktische Arbeiterpolitik treibt, tritt der Widerspruch gegen die Aufnahme fremder Arbeiter schon häufig genug hervor. Die englischen Arbeiter beschwerten sich lebhaft über die Konkurrenz der deutschen. Die französischen Arbeiter haben häufig Streitigkeiten mit den italienischen im südlichen Frankreich und dringen neuerdings darauf, daß die belgischen Arbeiter aus Frankreich entfernt werden. Es leidet wohl keinen Zweifel, daß bei den zur Zeit bestehenden ungünstigen Absatzverhältnissen die Arbeitslosigkeit der Massen, die durch die jetzige Produktionsweise ohnehin gefördert wird, wiederholt in gefährdender Weise zur Erscheinung kommen wird. Dann wird sich immer die Frage aufdrängen, welche Mittel zu ergreifen sind, die Zahl der Unbeschäftigten und Arbeitsuchenden zu vermindern, und das Mittel wird vor allem darin zu suchen sein, daß die im Reiche vor-

handnen Arbeitsstellen von Deutschen eingenommen werden, und daß man es verhindert, daß Ausländer davon Besitz nehmen. Zunächst können die, die man nicht auf Grund von Verträgen zuzulassen braucht, zurückgewiesen werden, und im übrigen würde man bei gutem Willen viele Mittel in Händen haben, die Einheimischen vor den Einwanderern zu bevorzugen. Heißt es jetzt: „Amerika für die Amerikaner“ und „Rußland für die Russen,“ so können wir nicht umhin, diesem Rufe zu folgen und zu sagen: „Deutschland für die Deutschen!“



Zur Geschichte der konservativen Doktrin

Von Eugen Guglia



In zwei herrlichen Abhandlungen hat Ranke die wichtigsten der Theorien, auf denen der moderne Konstitutionalismus beruht — die von der Volkssouveränität und die von den drei Gewalten —, auf ihre Herkunft geprüft und durch all ihre Wandlungen begleitet. Dabei ist er zu dem Ergebnis gekommen, daß die erstere in dem Widerstreit zwischen geistlicher und weltlicher Macht am Ausgange des sechzehnten Jahrhunderts entstanden und zuerst von gelehrten Jesuiten behauptet worden ist, die andre dagegen ihren Ursprung teils in den politischen Bewegungen hat, die England von den Zeiten der Reformation bis auf die Restauration durch Wilhelm den Dritten erfuhr, teils in der Opposition, in der in Frankreich während der Regierung Ludwigs des Fünftehenden die Parlamente so oft zum Königtum gestanden haben.

Nun ist wohl allgemein bekannt, daß sich schon am Ende des vorigen Jahrhunderts der revolutionären Staatslehre eine andre Doktrin entgegengesetzte, die dann in der ersten Hälfte unsers Jahrhunderts ihre weitere Ausbildung gefunden hat. Zum Teil ist diese von derselben theoretischen Grundlage ausgegangen, wie jene: die ersten Gegner der Revolution haben die Lehre von der Teilung der Gewalten und nicht selten auch den Satz vom Gesellschaftsvertrag und von der Souveränität des Volks angenommen und sich so gut wie die Verteidiger der Revolution auf Montesquieu und auf Rousseau berufen. Man durchblättere einmal die Schriften der Rivarol, Rehberg, Brandes u. a., und man wird finden, daß sie sich nur in der Auslegung und Anwendung jener Theorien von ihren Gegnern unterscheiden. Wohl gab es daneben noch eine kleine Schar von Antagonisten der Revolution, die von dem alten Standpunkte des Königtums von Gottes Gnaden ausgingen und denen Filmer und Bossuet noch Autoritäten waren; aber diese bedeuteten nichts, und auf den